

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Mehr Geld für die Dritte Welt?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1979) : Mehr Geld für die Dritte Welt?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 4, pp. 156-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135300>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Dietrich Keschull

Mehr Geld für die Dritte Welt?

Ende dieses Monats wird sich das Bundeskabinett mit den Grundlinien der künftigen deutschen Entwicklungspolitik beschäftigen. Dabei sollen vor allem die Weichen für die Verhandlungen bei der fünften UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD V) gestellt werden, die im Mai in Manila stattfindet. Vieles spricht dafür, daß bei der internen deutschen Diskussion die Frage einer massiven Erhöhung der offiziellen Leistungen an die Länder der Dritten Welt in den Mittelpunkt rückt.

Die Bundesregierung hat sich stets zu der Erfüllung der Forderung der Entwicklungsländer bekannt, daß die Industrieländer 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts an öffentlichen Mitteln für Zwecke der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zur Verfügung stellen sollen. Auf einen genauen Zeitpunkt zur Verwirklichung dieses Ziels hat sie sich allerdings nie festlegen lassen. Ausschlaggebend dafür waren in erster Linie die praktischen Probleme, die international erwünschte höhere Priorität für Mittel an die Dritte Welt im eigenen Land durch entsprechend steigende Budgetansätze durchzusetzen.

Dies führte zu der paradoxen Situation, daß das offiziell verkündete Ziel in immer weitere

Ferne rückte. 1976 wurden statt der 0,7 % nur 0,31 % erreicht; 1977 waren es sogar nur 0,27 %. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die Kritik am deutschen Verhalten immer massiver wird. Weltbankpräsident McNamara erklärte bei seinem jüngsten Besuch in der Bundesrepublik unüberhörbar, daß eine nachhaltige Steigerung der deutschen Hilfeleistungen allgemein als unerläßlich angesehen wird. Die Entwicklungsländer selbst beließen es nicht bei dieser vergleichsweise freundlichen Form der moralischen Beeinflussung. Auf ihrem Vorbereitungstreffen für UNCTAD V in Arusha verabschiedeten sie einstimmig ihre Finanzforderung an die Bundesrepublik: Sie soll ihre öffentlichen Leistungen innerhalb der nächsten drei Jahre real jeweils um 25 % steigern und damit etwa eine Verdoppelung des gegenwärtigen Realtransfers sicherstellen.

Daß sich diese Forderung auch an Japan und die Vereinigten Staaten richtet, dürfte aus deutscher Sicht kaum als großer Trost empfunden werden. Denn einmal mehr sieht sich die Bundesrepublik in die Rolle des politischen Buhmanns gedrängt. Trotz ihres jüngsten Entgegenkommens in der Rohstoffpolitik hat sie alle Chancen, das Image des politischen Hardliners zu behalten, wenn sie diese Forderung nicht erfüllt.

Für eine Zustimmung zum Plan der Entwicklungsländer sprächen insbesondere außenpolitische Überlegungen. Mit der Erfüllung des 0,7-%-Ziels würde ein großer Teil der ständigen Attacken der Dritten Welt gegenstandslos. Denn unabhängig von dem ökonomisch nicht erkennbaren Sinn einer Festlegung der Leistungen auf gerade dieses Niveau hat die Realisierung dieses Ziels bisher weltweit immer erhebliche positive politische Effekte gehabt. Holland, Norwegen und Schweden – bisher die einzigen Industriestaaten, die über die 0,7-%-Grenze hinauskamen – gelten allenthalben als Musterschüler.

Die Bundesregierung hat offensichtlich aufgrund dieser Zusammenhänge im Rahmen ihrer mittelfristigen Finanzplanung einen überdurchschnittlichen Anstieg ihrer Ausgaben für die Entwicklungsländer vorgesehen. Eine weitere Steigerung dieser Zuwachsraten erscheint schon aufgrund der zusätzlichen Belastungen durch die Ölpreiserhöhungen kaum durchsetzbar. Darüber hinaus stellt sich das Problem, wie und für wen entsprechend höhere Mittel effizient verwendet werden sollen. Die für das vergangene Jahr notwendige Rückgabe von einigen hundert Millionen Mark Entwicklungshilfegeldern an den Finanzminister ist im Grunde ein deutliches Anzeichen dafür, daß sich die Administration bei der gegenwärtigen Projekt- und Programmpolitik sehr schwer tun würde, ein erheblich anwachsendes Finanzvolumen zu bewältigen.

Insofern ist es notwendig, vor irgendwelchen Zusagen zunächst zu entscheiden, welche Änderungen im Hinblick auf die Mittelvergabe in der Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorgenommen werden sollten. Denn es wäre unververtretbar, die knappen Mittel nur um des lieben Verhandlungsfriedens willen nach irgendeinem Schlüssel zu verteilen; daß hieße, sie weitgehend zu vergeuden.

Eine Vereinfachung der bisherigen Projektprüfung, vermehrte Sonderprogramme oder Budgethilfen könnten sich allerdings durchaus als geeignet erweisen. Doch sollte in jedem Fall geklärt werden, welche Konsequenzen sie für die Entwicklungsländer und die Bundesrepublik selbst hätten. Die von der Dritten Welt geforderte Mittelenerhöhung ist nur dann sinnvoll und durchsetzbar, wenn sie allen Beteiligten wirtschaftliche, politische und soziale Vorteile bringt. Mehr Kapital ist zwar eine notwendige, aber noch keinesfalls eine hinreichende Bedingung für Entwicklung. Eile unter primär konferenztaktischen Gesichtspunkten könnte hier mehr Schaden als Nutzen.